

Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft

mail@mittelbau.net

Facebook: *Mittelbau*

Twitter: @NGA-Wiss

<http://mittelbau.net>



Pressemitteilung zur Bundespressekonferenz am 31.08.2017

Qualität statt Prekarität: Wissenschaftler*innen fordern das Ende der Ausbeutungsstrukturen an deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen

Seit Jahren verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen in der deutschen Wissenschaft. Befristungen von unter einem Jahr, die Unter- oder Nicht-Entlohnung von Lehrtätigkeit und der Verschleiß von hoch qualifiziertem wissenschaftlichem Personal sind inzwischen der Regelfall. 75% aller wissenschaftlich Beschäftigten haben befristete Arbeitsverträge. Zum Vergleich: in Frankreich und Großbritannien sind lediglich ein Viertel, in den USA sogar nur ein Fünftel der wissenschaftlichen Arbeitsverträge befristet.

„Das deutsche Universitätssystem, das in politischen Sonntagsreden so hoch gelobt wird, basiert zu Teilen auf der Ausbeutung derer, die ohne Absicherung und ohne angemessene Bezahlung unterrichten“, sagt PD Dr. Ulrike Stamm.

Zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen belegen die schlechten Bedingungen für Wissenschaftler*innen in Deutschland. Es wird allgemein anerkannt, dass die derzeitigen Zustände unhaltbar sind. Doch trotz oder gerade wegen aller Maßnahmen, die die Politik in den letzten Jahren ergriffen hat, hat sich die Situation nur verschlimmert. Dies gilt insbesondere für die inzwischen immer umfangreicheren Forschungsmittel, die der Bund über die Exzellenzförderung sowie über spezifische Forschungsprogramme als Drittmittel vergibt. Mehr Geld fließt, doch dieses Geld ist projektgebunden und verstärkt damit die Praxis und Zahl der Befristungen.

„Das Geld, das der Bund in den letzten Jahren in die Bildung investiert hat, hat die Arbeitsbedingungen der Akademiker*innen tendenziell noch verschlechtert. Wir brauchen weitaus umfassendere Reformen. Geld allein kann die Probleme nicht beheben“, so Dr. Mathias Kuhnt.

Die Grundfinanzierung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen reicht immer weniger zur Deckung der Grundaufgaben, und ist in den letzten Jahren tendenziell gesunken, während viel Geld in Maßnahmen wie die Exzellenzinitiative und projektgebundene Forschungsförderung geflossen ist. Gleichzeitig steigen die Studierendenzahlen. Die Hochschulen sind so gezwungen, immer mehr Lehre durch den massenhaft prekär beschäftigten Nachwuchs sowie unbezahlte Privatdozent*innen und unterbezahlte Lehrbeauftragte zu bewältigen. Dies wirkt sich nicht zuletzt auf die Qualität der Lehre sowie der Betreuung aus, die immer schlechter zu gewährleisten sind.

Die Forschung leidet derweil unter einer Struktur, in der wenige Professor*innen zunehmend die einzig permanenten Arbeitskräfte an der Universität sind. Auch ihre Arbeitsbedingungen verschlechtern sich, weil die akademische Selbstverwaltung und immer umfangreichere Verwaltungsaufgaben für immer mehr befristet beschäftigte Kollegen*innen zu bewältigen sind.

Gleichzeit steigt die Macht der Professor*innen und damit die Gefahr von Missbrauch und Korruption, was die Forschungsqualität ebenfalls bedroht.

Seit einigen Jahren wächst nun der Protest von Mittelbau-Initiativen, Promovierenden-Verbänden und anderen Betroffenen. Im Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft haben sich im Januar in Leipzig über 100 Vertreter*innen aus über 30 wissenschaftlichen Einrichtungen und Hochschulen zusammengeschlossen.

„Die Vernetzung und Zusammenarbeit in den letzten Monaten hat uns gezeigt, wie weit verbreitet Frust und der Wille zu Veränderung sind. Es herrscht eine zunehmend kämpferische Stimmung, von der die Politik Notiz nehmen sollte“, sagt der Sozialwissenschaftler Dr. Fabian Frenzel.

Heute stellt das Netzwerk seine Forderungen für eine umfassende Reform des deutschen Wissenschaftsbetriebs vor.

Im Einzelnen fordert NGAWiss in dem 7-seitigen Forderungskatalog:

- Unbefristete Beschäftigungsverträge nach der abgeschlossenen Promotion
- Die Abschaffung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes
- Eine angemessene, verlässliche und flächendeckende Grundfinanzierung der Hochschulen
- Die Abschaffung der Lehrstühle zugunsten demokratischer Strukturen an Fachbereichen und Instituten
- Die Trennung von Arbeitgeber*in und Betreuer*in der Qualifikationsarbeit
- Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung als Regelfall, v.a. auch in der Qualifikationsphase
- Die angemessene Entlohnung aller Lehrleistungen (v.a. Lehraufträge, sog. „Titellehre“ u.a.)
- Die Abschaffung der Habilitation als Qualifikationsstufe

Gleichzeitig richten Vertreter*innen von NGAWiss gemeinsam mit dem Promovierendennetzwerk der Max Planck Institute *Max Planck PhDNet* einen kritischen Blick auf die wissenschaftspolitischen Programme der Bundestagsparteien anlässlich der Bundestagswahl.

„Wissenschaftspolitik kommt im Wahlkampf kaum vor, während sich scheinbar alle einig sind, dass wir in einer Wissensgesellschaft leben. Die wissenschaftspolitischen Programme der Parteien enttäuschen überwiegend. Wir freuen uns, dass einige Parteien mehr Geld in die Wissenschaft stecken wollen, doch ohne die notwendigen umfangreichen Reformen wird dieses Geld keine bessere Lehre und Forschung ermöglichen“, so Mathias Kuhnt.

Für Rückfragen stehen Ihnen unsere Kolleg*innen zur Verfügung:

Mathias Kuhnt

Mobil: 0176/20590002

Mail: mail@mittelbau.net

Ulrike Stamm

Mobil: 0176/76159262

Mail: ulrike.stamm@hu-berlin.de

Fabian Frenzel

Mobil: 0157/39624813

Mail: fab@in-no.org

Hintergrund:

Das **Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft (NGAWiss)** ist der erste bundesweite und fächerübergreifende Zusammenschluss von Initiativen des sogenannten akademischen „Mittelbaus“. Dazu zählen Promovierende, Studentische Mitarbeiter*innen, Stipendiat*innen, Privatdozent*innen, Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, künstlerisches Personal, Lehrbeauftragte und Juniorprofessor*innen - also die große Zahl derer, die fast immer auf befristeten Stellen einen Großteil der regulären Forschung und Lehre leisten. Das Netzwerk setzt sich für eine grundlegende Umgestaltung der Strukturen innerhalb der deutschen Wissenschaft ein und kooperiert zu diesem Zweck mit Stiftungen und Gewerkschaften.